

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: 1. Decker, 2. H.-M. auswärts. Bestellgeld. Berechnung der Anzeigen nach Rent-Markt. Preise: Die einspaltige Zeile 20 S., 1. Familien- u. Vereinsanzeigen, 25 S., 2. Die Zeit-Melametrie 20 mm breit, 1. K. Offertengebühr für Selbstabholer 20 S., bei Überlieferung d. V. V. außerdem Porto- und Frachtkosten 10 S. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Rothmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schabenerlag für unbestimmte u. d. Fernpost übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingehende u. mit Rücksicht nicht verlebene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Rothmann, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Verlagsdirektion der Sächsischen Volkszeitung an der Kreuz- und Wenzels-Platz, Dresden-Altstadt, 10. Dezember 1924. Preis: 10 Renten-Mark. Einzelnummer 10 Renten-Mark.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden, K. 10. Postfach 117. Telefon 1222. Preis: 10 Renten-Mark.

## Was wird aus der Wohnungswirtschaft?

Wieder geht ein Jahr zur Neige. Und unter den schweren Sorgen, die uns schon jahrelang bedrücken, ist eine noch immer nicht geringer geworden, die nachgerade am tiefsten einschneidet in das Volkswesen, weil sie ihren verheerenden Einfluss nicht minder in wirtschaftlicher denn in sittlicher Hinsicht geltend macht, die Wohnungsfrage. Die Verichte der Wohnungswirtschaft sind eher betrüblicher denn erfreulicher geworden. Das Meer der Wohnungslosen wächst noch immer. Dieser Zustand droht es mit sich, daß die Frage mit immer größerer Leidenschaftlichkeit behandelt zu werden droht. Die Frage sachlich und gründlich anzufassen, hat unabweisbar eine Vermischung in einen Sozialkrieg zur Folge. Auf der einen Seite gewisse Kreise des Haus- und Grundbesitzes, für die sich die ganze Wohnungsfrage in dem einfachen Ruf nach Rückkehr der Verhältnisse erschöpft, auf der anderen Seite ein großer Teil der Mieter, denen es weniger auf die Sache als vielmehr auf die günstige Gelegenheit ankommt, an diesem willkommenen Ruferbeispiel ihren Klassenkampfstandpunkt und ihren sonderbaren Egoismus zu demonstrieren. Das alles kann uns hingegen nicht im geringsten davon abhalten, die schwerste Frage nur da anzufassen, wo ihr wirklich sachlich betrautbar ist, d. h. auf einem unparteiischen, realpolitischen Boden, der die Dinge nimmt, wie sie tatsächlich liegen. Es müßte sonst keine Zentrumspolitik geben und keine Zentrumleute, die sich allein mit einer solchen aufrechten und gesunden Behandlung der schwierigen Probleme abfinden und die wissen, daß Deutschlands Heil weder einseitig an dem Wohle der Vermieter noch dem der Mieter hängt, sondern an dem Ausgleich der auseinanderstrebenden Interessensphären beider.

Woin besteht heute die Wohnungsnot? Diese Frage mag nach dem Erleben der letzten Jahre geradezu blasphemisch erscheinen, ist es aber ganz und gar nicht. Man ist sich in der Tat über diesen Kernpunkt des ganzen Streites alles andere denn einig. Im allgemeinen pflegt man unter dem Eindruck der riesigen Zahlen der Wohnungslosen den Kern der Frage darin zu suchen, daß tatsächlich die Zahl der vorhandenen Wohnungen nicht ausreicht, um die Nachfrage auch nur im entferntesten zu befriedigen. Gegen diese Auffassung aber läßt man von anderer Seite mit schwersten Beschüßen Sturm. Von Hausbesitzern wird entschieden in Abrede gestellt, daß von einer tatsächlichen Unterbilanz an vorhandenen Wohnungen die Rede sein könne. Man schiebt die ganze Schuld am Reiten so vieler Wohnungen auf die Wirkungen der Zwangswirtschaft. Es wird behauptet, die Nachfrage nach Wohnungen sei infolge der Zwangswirtschaft erheblich größer, als bei der freien Wirtschaft. Insbesondere sei die Stagnation im Wohnungswesen ein Hauptgrund dafür, daß sehr viele mehr benötigte Wohnungen zur Verfügung stehen. Viele Familien hätten dadurch heute Wohnungen inne, die über ihre Verhältnisse weit hinausgehen. In der Zeit der freien Haus- und Grundbesitzerverbände für Hessen und Westfalen. Der Hausbesitzer stellt ferner der Vorsitzende des Reichsausschusses in Kassel, Max Baumbach, in einem besondern Referat eine Berechnung auf, wonach z. B. in Kassel 1913 durchschnittlich auf eine Wohnung je 4,26 Personen kommen, während 1923 auf jede Wohnung nur noch 4,09 Personen entfallen. Für Nürnberg lauten die gleichen Zahlen für 1913: 4,21 Personen, für 1923: nur 4,18. Daraus zieht der Verfasser nun mehr oder weniger deutlich die Schlussfolgerung, daß von einem Mangel von Wohnungen heute nicht die Rede sein könne, da die Wohnung der einzelnen Wohnungen ja geringer geworden sei.

Diese heftigste Beweisführung erscheint uns aber ganz und gar nicht stichhaltig. Die Verhältnisse der Wohnungen und die Zahl der erforderlichen Wohnungen haben miteinander sehr wenig zu tun. Auf letztere kommt es hier aber allein an. Die Zahl der erforderlichen Wohnungen jedoch hängt ab von der Anzahl der Familienhaushalte. Und den hier erfolgten Veränderungen müßte man nachgeben, um ein einigermaßen verlässliches Bild zu bekommen. Allerdings fehlt es leider gerade in dieser Hinsicht noch sehr an den erforderlichen Zahlenunterlagen. Einen guten Anhalt aber geben die einsehenden und auf wissenschaftlichen Grundlagen aufgebauten Untersuchungen von Dr. Dommer, Karlsruhe, die im „Reichsarbeitsblatt“ im vergangenen Jahre veröffentlicht worden sind. Danach betrug vor dem Kriege der jährliche Bruttozuwachs an Wohnungen im Reich 250 000. Davon waren etwa 35 000 als Ersatz für abgängig gewordene oder zu Geschäftszwecken umgewandelte Wohnungen anzuführen. Der jährliche Reinzugang betrug somit 215 000 Wohnungen. Nun müßte der Bevölkerungszuwachs in den Vorkriegsjahren — nämlich etwa 800 000 bis 900 000 Menschen — in den Jahren nach dem Kriege infolge Eintritts der Heiratsfähigkeit dieses Zugangs (selbst in dem um rund 10 v. H. der Bevölkerung verkleinerten neuen Reichsgebiete) einen Reinzugang an Wohnungen von jährlich 235 000 im Durchschnitt der Jahre 1914—1930 notwendig gemacht haben. Nimmt man hierzu noch 40 000 als Ersatz für abgängig gewordene Wohnungen, so hätten in den Jahren 1914—1930 jährlich 275 000 Wohnungen errichtet werden müssen. In den 10 Jahren seit Kriegsende sind aber einstweilenfalls im ganzen 550 000 Wohnungen erstellt worden, in 10 Jahren also der Bedarf von etwa 2 Jahren. Danach müßten heute 8 x 275 000 oder rund 2 Millionen Wohnungen fehlen, wenn nicht auf der anderen Seite durch unmittelbare Kriegsverluste, erhöhte Sterblichkeit, Auswanderung und teilweises Zusammenrücken der Bedö-

## Deutschland und Frankreich

### Ein Handelsprovisorium?

Paris, 23. Dezember. Da im Hinblick auf die zahlreichen Eingeladenen, die nach der Klärung bedürftig sind, hinsichtlich damit zu rechnen ist, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen bis zum 13. Januar abgeschlossen werden können, will man zunächst, um keinen verfrühten Zustand anzudeuten zu lassen, ein Provisorium vereinbaren, das bis Mitte Februar Gültigkeit haben soll. Dieses Provisorium wird, wie wir hören, von unserer Seite keinesfalls auf Grund des gegenwärtigen Standes abgeschlossen werden. Die deutschen Unternehmer werden unbedingt darauf bestehen, daß gegenwärtig die gleichen Vorteile gewährt werden. Somit die einseitig-fortschreitenden Verhandlungen vorläufig weiter bewilligt werden, wie das nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß ein anderer Weltzustand eintritt unter Voraussetzung auf diese Bewilligung von Deutschland die gleichen Bedingungen verlangt.

Paris, 23. Dezember. In seinem heutigen Vortragsreferat über die deutsch-französischen Verhandlungen der Vertreter der Schwerindustrie hätten keinen günstigen Verlauf genommen. Als von deutscher Seite eine untergeordnete Verhandlung der fortgeschrittenen und französischen Industrie in Bezug auf das Einfuhrkontingent gefordert und gezwungen als Vertragsbestand für Halbjahresfrist, das zurzeit dagegen als Vertragsbestand für Halbjahresfrist bezeichnet wurde, wurde dies französischerseits abgelehnt. Auf den von deutscher Seite vorgebrachten Einwänden, daß in den Londoner Wirtschaftsverhandlungen eine Sonderbehandlung des Bergbaus von Frankreich verprochen worden sei, erklärte der „Temps“ dies wohl möglich, daß diese jedoch nicht gegen den Verfall der Vertrag verstoßen.

### Vor dem Bericht der Kontrollkommission

Paris, 23. Dezember. In der heutigen Sitzung des interalliierten Militärkomitees wurden die letzten Berichte der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin besprochen. Es wurde ein Bericht verlesen, der der Vorkriegsproduktion ungleichmäßig zugeführt wird. Wegen früh wie die Vorkriegsproduktion an Hand des von Marshall Hoch erstatteten Gutachtens über die Umtriebe ihres Berichtes an die alliierten Mächte verständigen. Wenn der Bericht der Vorkriegsproduktion an die Mächte abgeht, ist nicht ersichtlich.

Nach dem „Matin“ enthält der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission insbesondere eine Reihe aufsehenerregender Mitteilungen über die Mannschaftebestände der Polizei und der Reichswache, die zusammen bei weitem die vom Vertrag vorgesehene Zahl von 100 000 Mann überschritten. Bei der Reichswache handelt es sich um eine Eliteeinheit, die unter Jugendverlegung des von Schatzkanzler (1) eingeleiteten Entwurfsplanmäßig die Ausbildung von Rekruten übernommen habe. Alle wehrfähigen Deutschen machten, wie der Bericht behauptet, eine kurze Ausbildung durch. Die Rekruten seien überfüllt. Die ungenutzte Zusammenfassung der Reichswache sei zwar stets die gleiche, doch würden ständig neue Rekruten eingestellt und die alten entlassen.

Rekrutierungsmittel stellen die Mächte fest, daß trotz der von der Reichsregierung in Paris, London und Brüssel unternommenen Schritte die Rekrutierung am 10. Januar 1925 nicht geräumt

herang der Bedarf stark herabgemindert worden wäre. Alles das in Rechnung gestellt, kommt Donnerstag dem Ergebnis, daß bis zum Jahre 1930 neue Wohnungen in einer Zahl errichtet werden müßten, die sich zwischen 2,5 Millionen als Höchstgrenze und 1,6 Millionen als Mindestgrenze bewegt. Auf diese Beweisführung wird man hören müssen, welchen Wert man auch immer den Zahlen im Einzelnen beimißt. Um die grundsätzliche Tatsache kommt man einfach nicht herum, daß wir heute in Deutschland eine ganz bedeutende Unterbilanz an verfügbaren Wohnungen haben. Wenn die Belegungsrate der einzelnen Wohnungen trotzdem gegenüber dem Vorkriegsstande zurückgegangen ist, so findet das seine gute Erklärung in den Kriegsverlusten, weniger in den blutigen als in dem gewaltigen Geburtenausfall, der sich auch in den Nachkriegsjahren noch überaus stark geltend macht. Wenn man bedenkt, daß früher ungefähr 50 Prozent der Bevölkerung auf das Alter bis zu 20 Jahren entfiel, so wird man erkennen, wie ein solcher Geburtenausfall von zehn Jahren auf die Zahl der jüngeren Familienmitglieder wirkt. Der Prozentfuß der jüngeren Kinder, die auf einen Hausstand durchschnittlich entfallen, ist heute ganz wesentlich geringer denn vor dem Kriege, während hingegen die Zahl der älteren Familienmitglieder, die zum großen Teil aus Waisen an eigenen Wohnräumen an die Gründung eines eigenen Hausstandes nicht denken können, eine relativ viel höhere geworden ist. Nur wenn man diese Verschiebung innerhalb des Nachwuchses in Rechnung stellt, kann man den heutigen Stand der Woh-

werden wird. „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß den deutschen Vorkriegsstand in Paris, London und Brüssel ein und dieselbe Antwort erteilt worden ist. Die Haltung der Verbündeten sei ungenügend. Sie entsprechen nicht nur den Verpflichtungen, die sie auf der Londoner Konferenz eingegangen seien, sondern auch den Bestimmungen des Versailler Vertrags.

### Frankreich und Sowjetrußland

Paris, 23. Dezember. Die für Mitte Januar in Moskau genommene Abreise Krassin nach Moskau hat ihren Grund in dem Wunsch des russischen Vorkriegsstandes, die Sowjetregierung über die bestehenden Schwierigkeiten zu unterrichten, und von ihr Maßnahmen zur Regelung der Situation zu erbitten. Weiter haben die Besprechungen De Monjais, dem Vertreter der französischen Regierung und Krassin bereits gezeigt, daß die Basis zu einer Verständigung zwischen Rußland und Frankreich nicht vorhanden ist.

Die Bedingungen De Monjais sind: 1. Volle Anerkennung der Vorkriegsschulden. 2. Schadloshaltung der französischen Unterthanen, deren Besitz in Rußland der Beschlagnahme unterworfen ist. Gleichzeitig wurde der russischen Regierung zu verstehen gegeben, daß auf alle Fälle aber keine Rede davon sein könne, daß die französische Regierung irgendwelches Kreditabkommen verbürge. Außerdem besteht zwischen den französisch-amerikanischen Banken ein Abkommen, wonach ohne vorherige gegenseitige Benachrichtigung der Sowjets Kredite nicht bewilligt werden dürfen. Wie schlecht die Möglichkeiten eines Kredites in Frankreich sind, konnte Krassin am besten daraus erkennen, als einer russischen Wirtschaftskommision, die vor einigen Tagen zum Ankauf von 300 Omnibussen, 200 Lastautos und 300 Automobilen hier eingetroffen war, jeglicher Kredit verweigert wurde.

Um diese Verhältnisse zu beseitigen, will Frankreich der Sowjetregierung die Anerkennung der Vorkriegsschulden, oder wenigstens eines Teiles vorschlagen. Durch ein besonderes Gesetz soll ihre Bezahlung nicht nur durch die von der französischen Regierung beschlagnahmten Gelder (350 Millionen Franken) sondern auch durch die Goldsummen sicher gestellt werden, die die russische Regierung in West-Europa den Deutschen ausbezahlt hat und die sofort in die Hände der Verbündeten übergegangen ist. Man nimmt an, daß dieses Zugeständnis auf die einzelnen Meinungen in Frankreich eine heilsame Wirkung ausüben werde und eine günstige Atmosphäre für die Wirtschaftsbeziehungen schaffen werde.

### Der Sinowjewbrief

London, 23. Dezember. Rahowich bezieht sich in einem heute in einem an Chamberlain gerichteten Schreiben auf die Erklärung des Innenministers im Unterhause vom 10. Dezember, daß die Beweise für die Echtheit des Sinowjewbriefes nicht enthüllt werden könnten, da man sonst für die Sicherheit der Person fürchten müßte, die der britischen Regierung dieses Dokument übergab, und teilt mit, daß die russische Regierung bereit sei, die ungehinderte Abreise der betreffenden Person aus dem Gebiet der Sowjetunion zu garantieren.

### Die antibolschewistische Front auf dem Balkan

Belgrad, 23. Dezember. Außenminister Nintschitsch ist gestern abend von seiner westeuropäischen Reise hier eingetroffen und äußerte sich zu Pressevertretern, daß sich die antibolschewistische Lage Jugoslawiens wesentlich gebessert habe. Er ließ durchblicken, daß auf dem Balkan eine antibolschewistische Front gebildet werden würde, zu der sich sowohl Rumänien als auch Bulgarien bereit erklärt haben. Der bulgarische Ministerpräsident Ranzhow werde am 28. Dezember in Belgrad eintreffen und sich dann nach Bukarest begeben, um die antibolschewistische Front zu erklären.

nungswirtschaft richtig beurteilen. Es sind zu wenig Wohnungen da; diese Tatsache hat die Zwangswirtschaft der vorhandenen Wohnungen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit gemacht, die von keiner Regierungskoalition und keinem Parteiprogramm abhängt, sondern aus der Entwicklung der Dinge zwangsläufig als das kleinere Übel in Kauf genommen werden mußte. Dieses auch heute noch in verächtlichem Maße bestehende Mißverhältnis ist auch der Grund dafür, daß die Zwangswirtschaft auf diesem Gebiet heute noch besteht. In eine Aufhebung dieser Zwangswirtschaft kann man erst denken, wenn dieses Mißverhältnis zwischen vorhandenem und erforderlichem Wohnraum im wesentlichen ausgeglichen sein wird. Der einzige Ausweg aus dem jetzigen unbeherrschten Zustande führt über einen großzügigen und intensiven Wohnungsbau. Ueber dieses Ziel und diesen Weg ist gar nicht zu rechnen, da man vernünftigerweise an eine Verwirklichung der Zwangswirtschaft mit all ihren Nachteilen und ihrem hoffnungslosen Apparat überhaupt nicht denken, vielmehr nur eine normale und befriedigende Erfüllung des Wohnungsbedürfnisses auf natürlichem Wege erstreben kann.

In Frage steht nicht nur das „Wie“, wie kommen wir zu diesem Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage an Wohnungen? Und hier gibt es weite Kreise, für die sich die Antwort mit dem einfachen Schlagwort erschöpft: Weg mit dem bürokratischen Zwange, dem der ganze Jammer in die Schuhe geschoben wird. Zurück zur freien Wohnungswirtschaft! Und das Problem ist gelöst. Geht uns Friedensmilitanten und die neuen